

Kapitel

Initiator*innen: DIE LINKE RLP - Landesvorstand (beschlossen am: 23.06.2020)

Titel: Kinder, Jugend, Bildung und Wissenschaft

Text

1554 Jugend als eigenständige Lebensphase anerkennen

1555 Unter der neoliberalen Beschleunigung des Alltags, die sich in zunehmendem
1556 Stress, Leistungsdruck und fremdbestimmter Arbeitsbelastung äußert, leiden
1557 Jugendliche besonders. Die für die Persönlichkeitsentwicklung so wichtige
1558 Jugendzeit zwischen Kindheit und Erwachsensein wird immer stärker verdichtet
1559 und verkürzt. Nicht nur der Leistungsdruck in der Schule, sondern auch die
1560 durch Massenmedien vermittelten Leistungsansprüche an junge Menschen schüren
1561 Zukunfts- und Versagensängste und fördern eine unsolidarische
1562 Ellenbogenkultur.

1563 • Die LINKE setzt sich für eine eigenständige Jugendpolitik ein, die der
1564 Situation junger Menschen sowohl im Alltag als auch in Schule und Beruf
1565 entspricht. Bildung ist mehr als Schule.

1566 • Wir fordern im Rahmen von „Eine Schule für Alle“ die gesetzlich
1567 verankerte Ganztagschule für alle Schüler*innen, die zusätzlich
1568 Kultur- und Sportangebote, kreative Freizeitgestaltung sowie qualifizierte
1569 pädagogische Betreuung bei der Vertiefung von Lernzielen
1570 (Hausaufgabenhilfe) anbietet. In diesem Rahmen muss Jugendlichen
1571 Verantwortung übertragen werden, damit sie den souveränen Umgang mit
1572 Entscheidungen nicht nur für ihr späteres Leben erlernen, sondern schon
1573 frühzeitig praktizieren.

1574 Viele junge Menschen haben bereits großes Interesse daran, ihr direktes
1575 Lebensumfeld aktiv mitzugestalten. Jedoch haben sie nur wenig Möglichkeiten,
1576 sich aktiv an politischen Entscheidungsprozessen sowie am allgemeinen
1577 politischen und kulturellen Leben zu beteiligen. Damit Jugendliche mehr
1578 mitbestimmen können:

- 1579 • setzen wir uns ein für die Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre und
- 1580 • die Einführung flächendeckender Jugendbeiräte sowie mehr Befugnisse
1581 für Schüler*innenvertretungen durch Änderungen im Schulgesetz.

1582 Jugendlichen müssen auch jenseits der Schule Kultur-, Sport- und
1583 Freizeitangebote zur Selbstentfaltung und Selbstfindung bereitgestellt werden,
1584 das ist eine öffentliche Aufgabe. Wir sprechen uns entschieden gegen jede Form
1585 von Kürzungen im Jugend-, Kultur- und Bildungsbereich aus.

1586 DIE LINKE setzt sich auch für eine Reform im Jugendstrafvollzug ein. Die
1587 Rückfallquote bei jugendlichen Straftätern kann durch gezielte Maßnahmen
1588 verringert werden.

1589 Wir setzen uns ein für:

- 1590 • ein Programm für Schulabbrecher*innen (59% im Strafvollzug ohne
1591 Abschluss, 9,9% in der Gesamtpopulation) zum Erwerb eines Schulabschlusses
- 1592 • das Verbot der Abschiebung von jugendlichen Straffälligen.
- 1593 • eine qualifizierte und engagierte Nachsorge (mehr als die Hälfte wird in
1594 den ersten beiden Jahren rückfällig. Durch die zusätzliche Einstellung
1595 von Streetworkern könnte dem entgegen gewirkt werden.
- 1596 • Evaluation von Maßnahmen im Strafvollzug gemäß dem BVG-Urteil vom
1597 30.Mai 2006.

1598 Jedes Kind vor Armut schützen

1599 Mehr als jedes fünfte Kind in Rheinland-Pfalz ist von Armut betroffen. Dies hat
1600 sich in den letzten zehn Jahren sogar noch verschlimmert. Waren es im Jahr 2008
1601 noch 18,2 Prozent der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren von Armut bedroht,
1602 ist die Zahl im Jahr 2018 schon auf 20,8 Prozent gestiegen.

1603 Besonders betroffen von Armut sind Alleinerziehende. In Rheinland-Pfalz waren im
1604 Jahr 2018 mit 46,9 % fast die Hälfte aller Alleinerziehenden-Haushalte von
1605 Armut betroffen. Hinter Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt war Rheinland-
1606 Pfalz damit an dritter Stelle der Länder, in denen die meisten
1607 Alleinerziehenden von Armut betroffen sind.

1608 Armut hat ganz konkrete Auswirkungen auf das Leben von Kindern. Ob Kinobesuche,
1609 gesunde Ernährung, ein Musikinstrument, gute Schuhe, der Schwimmbadbesuch oder
1610 anderes, es ist viel, auf was sie dauerhaft verzichten müssen. Sie haben
1611 schlechtere Chancen auf Bildung und eine gute Zukunft. Die Chancen, dass sie
1612 eine Hochschule besuchen werden, sind um ein Vielfaches geringer. Arme Kinder
1613 werden oftmals die armen Jugendlichen von Morgen und die armen Eltern von
1614 Übermorgen. Dieser Kreislauf muss dringend durchbrochen werden.

1615 Durch die Corona-Krise hat sich die soziale und finanzielle Situation vieler
1616 Familien und ihrer Kinder verschlechtert. Wir wollen dem mit einem Ausbau des
1617 Sozialstaats und der sozialen Infrastruktur entgegenwirken. Die Vertiefung der
1618 sozialen Spaltung in Deutschland wollen wir verhindern und die soziale
1619 Ungleichheit bekämpfen.

1620 DIE LINKE. Rheinland-Pfalz kämpft für eine Kindergrundsicherung, die alle
1621 Kinder wirksam vor Armut schützt. Wir wollen die soziale Infrastruktur ausbauen
1622 und kostenlos ausgestalten, um allen Kindern gesellschaftliche Teilhabe zu
1623 ermöglichen. Öffentlicher Nahverkehr, Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen,
1624 Musikschulen, Bibliotheken und vieles mehr müssen flächendeckend auch im
1625 ländlichen Raum vorhanden sein. Sie müssen erreichbar, barrierefrei und für
1626 Kinder und Jugendliche kostenlos zur Verfügung stehen.

1627 Ausbau und Verbesserung der Kinderbetreuung

1628 Gute Kinderbetreuung entlastet Familien, fördert die Entwicklung von
1629 Sozialkompetenz und bereitet den Eintritt ins Schulleben vor. Kinder brauchen
1630 hier ein sicheres Umfeld, in dem sie das Zusammenleben lernen und ihre
1631 Erfahrungen und Eindrücke verarbeiten können. Kinderbetreuung muss inklusiv
1632 und wohnortnah gestaltet sein sowie dem sozialen Hintergrund der Familien
1633 Rechnung tragen. Die Bedürfnisse aller Kinder müssen berücksichtigt und
1634 erfüllt werden. Die Wege zu Kita und (Grund-)Schule müssen kurz und sicher
1635 sein. Wenn Kinder nicht zu Fuß oder mit dem Rad dorthin kommen können, muss es
1636 einen kostenlosen, freigestellten Transport mit dem ÖPNV geben. Dabei müssen
1637 Sicherheitsstandards wie eine Anschnallpflicht gelten. Kitas können soziale
1638 Ungleichheit nicht beseitigen, aber sie sind entscheidend für die Chancen und
1639 Entwicklungsmöglichkeiten der Kinder. Gerade die Corona-Krise hat gezeigt, dass
1640 es eine extreme Belastung für Familien ist, wenn die Kinderbetreuung weitgehend

1641 wegbricht. Die Krisenbewältigung wurde privatisiert und die Familien wurden mit
1642 den Folgen viel zu lange allein gelassen. Für die kindliche Entwicklung ist es
1643 verheerend, wenn Entwicklungsmöglichkeiten und ein sozialer Bezugsrahmen
1644 entfallen.

1645 Erzieher*innen leisten wichtige Arbeit. Dabei haben sie neben der unmittelbar
1646 pädagogischen Arbeit mit den Kindern umfangreiche weitere Aufgaben. So sind
1647 Dokumentation oder die Vor- und Nachbereitung pädagogischer Angebote wichtig.
1648 Auch anspruchsvolle Leitungsaufgaben müssen bewältigt werden. Hohe
1649 pädagogische Qualität erfordert die Arbeit in multiprofessionellen Teams. Das
1650 stellt an die Qualifikation und an die Zusammenarbeit der Erzieher*innen
1651 zusätzliche Ansprüche und erfordert mehr Zeit zur Koordination und Konzeption
1652 der Arbeit. Während die Anforderungen steigen ist Personal knapp. Das führt zu
1653 Stress und Überlastung. Zugleich ist die Bezahlung gering und in vielen
1654 Einrichtungen gilt das kirchliche Arbeitsrecht, das massive Eingriffe in
1655 Arbeitnehmer*innenrechte und ins Privatleben zulässt.

1656 Die Kinderbetreuung ist unterfinanziert. Das Land gibt Zuschüsse zu den Kosten,
1657 ein Großteil muss jedoch von Kommunen und Trägern gestemmt werden. Viele
1658 Einrichtungen stehen damit bei Ausbau und Instandhaltung von Gebäuden und
1659 Anlagen vor erheblichen Schwierigkeiten.

1660 DIE LINKE fordert mehr Geld für Kitas und andere Betreuungseinrichtungen. Wir
1661 wollen vollständige Beitragsfreiheit, auch für unter Zweijährige in Horten.
1662 Ausbau und Instandhaltung der Einrichtungen müssen Aufgabe des Landes sein und
1663 ausreichend finanziert werden. Träger und überschuldete Kommunen dürfen damit
1664 nicht allein gelassen werden. Das Konnexitätsprinzip muss hier gelten. Auch der
1665 Bund muss sich dauerhaft an der Finanzierung beteiligen.

1666 Um mehr Menschen für den Erzieher*innenberuf zu gewinnen und so den
1667 Personalmangel zu beheben, müssen die Arbeitsbedingungen verbessert werden.
1668 Dazu gehört eine angemessene Berücksichtigung nicht-pädagogischer
1669 Tätigkeiten bei der Personalplanung, mehr Gehalt und eine flächendeckende
1670 Tarifbindung.

1671 Eine krisensichere Betreuung erfordert kleinere Gruppen, also auch mehr
1672 Personal, sowie mehr Räume und größere Außenflächen. In den kommenden
1673 Jahren wollen wir bestehende Kitas dahingehend ausbauen und neue Kitas in
1674 kommunaler Trägerschaft einrichten.

1675 Bildung ist Zukunft - eine Schule für Alle

1676 Bildung ist ein Menschenrecht und die Zukunft unserer Kinder. Die
1677 Landesregierung hat bessere Bildungszugänge versprochen, aber in den letzten 20
1678 Jahren viel zu wenig dafür getan. Das beweisen nicht zuletzt die Auswertungen
1679 des Statistischen Bundesamtes über die Bildungsausgaben der Länder. Und: im
1680 bundesweiten Vergleich belegt das rheinland-pfälzische Bildungssystem
1681 regelmäßig hintere Plätze.

1682 Deswegen fordert DIE LINKE:

- 1683 • Eine Schule für Alle statt des mehrgliedrigen Schulsystems
- 1684 • Kostenloses und gesundes Schulesen
- 1685 • Lernmittelfreiheit
- 1686 • Kleine Klassen
- 1687 • Kurze Schulwege
- 1688 • Mehr Lehrer*innen
- 1689 • Schulpsycholog*innen und Schulsozialarbeiter*innen an allen Schulen
- 1690 • Mehr Geld für Bildung und Forschung, mindestens in Höhe des
1691 Bundesdurchschnitts
- 1692 • Sozial- oder Bürger*innenkunde

1693 Das gegliederte rheinland-pfälzische Schulsystem zementiert soziale
1694 Ungleichheiten schon im Kindesalter und verbaut die Zukunftschancen vieler
1695 Kinder. Die Reform des überholten mehrgliedrigen Schulsystems hat das
1696 derzeitige chaotische Nebeneinander von Gymnasium, Integrierter Gesamtschule,
1697 Realschule plus, Förderschule sowie diverser privater Bildungseinrichtungen zur
1698 Folge.

1699 DIE LINKE fordert „Eine Schule für Alle“ nach skandinavischem Vorbild als
1700 Regelschule. Weil sie für alle Schüler*innen ein hohes Bildungsniveau
1701 garantiert, trägt die Gemeinschaftsschule dazu bei, Ungleichheiten abzubauen
1702 und allen Kindern eine gute Zukunft zu ermöglichen. Unser Schulkonzept sieht
1703 längeres gemeinsames Lernen vor, bietet verschiedene Abschlüsse an, führt

1704 Kinder unterschiedlicher sozialer und ethnischer Herkunft zusammen und
1705 integriert Menschen mit Behinderung. Wir wollen, dass alle Kinder bis zum
1706 Abschluss der Sekundarstufe I gemeinsam lernen und Bildung auf dem höchsten
1707 Niveau für alle kostenlos zugänglich wird.

1708 Rheinland-Pfalz gibt im Vergleich der Bundesländer am wenigsten Geld für
1709 Bildung aus. Wer an Bildung spart, spart an den Zukunftschancen unserer Kinder.
1710 DIE LINKE fordert, die Bildungsausgaben deutlich zu steigern, um kurzfristig
1711 wenigstens das bundesweite Durchschnittsniveau zu erreichen und langfristig die
1712 Bildungsausgaben am tatsächlichen Bedarf zu orientieren. Wir sprechen uns gegen
1713 jede Form von Privatisierung und Eliten-Erziehung im Bildungswesen aus.

- 1714 • Sozial- oder Bürger*innenkunde bereits in der Grundschule. Schule soll
1715 nicht nur dazu dienen Menschen für das Arbeitsleben vorzubereiten,
1716 sondern Kinder und Jugendliche zu sozialen, frei und kritisch denkenden
1717 Bürger*innen zu erziehen. Dafür müssen die entsprechenden Werte und
1718 Inhalte vermittelt werden.
- 1719 • Verankerung der Bildung für nachhaltige Entwicklung in den Lehrplänen
- 1720 • Ersatz des konfessionellen Religionsunterrichts durch einen
1721 konfessionsübergreifenden Ethik-, Religions- und Werteunterricht
- 1722 • DIE LINKE setzt sich für die Schaffung kleiner Klassen und Lerngruppen
1723 ein. Das Lehrer-Schüler-Verhältnis in Rheinland-Pfalz entspricht nicht
1724 den OECD-Standards und liegt im bundesweiten Vergleich im unteren Drittel.
1725 Wir brauchen deutlich kleinere Klassen und individuelle Förderung, um den
1726 unterschiedlichen Neigungen, Stärken und Schwächen der Schüler*innen
1727 gerecht werden zu können.
- 1728 • DIE LINKE setzt sich für eine kostenlose Beförderung für Schüler*innen
1729 zwischen Wohnort und Schule ein.
- 1730 • Wir fordern mehr Personal an rheinland-pfälzischen Schulen, um
1731 mittelfristig internationalen und nationalen Standards gerecht zu werden.
1732 Die Ungleichbehandlung der Lehrkräfte ist abzuschaffen. Neben den
1733 Lehrer*innen soll sozialpädagogisch und psychologisch ausgebildetes
1734 Personal eingesetzt werden.
- 1735 • Alle Jugendlichen müssen dabei unterstützt werden, einen qualifizierten
1736 Schulabschluss zu erreichen. Schulsozialarbeit trägt erheblich dazu bei,
1737 Jugendliche zu motivieren und sie zu befähigen, die Herausforderungen in

1738 Schule und Gesellschaft anzunehmen und zu bestehen.

1739 • Die Gemeinschaftsschule ist eine Ganztagschule, die den Schüler*innen
1740 Hausaufgabenbetreuung, Nachhilfe sowie kulturelle und sportliche
1741 Aktivitäten nach der Unterrichtsphase anbietet. Ein kostenloses und
1742 gesundes Mittagessen für alle ist für uns selbstverständlich.

1743 • Die LINKE setzt sich für die Rücknahme des Kooperationsvertrags ein, den
1744 die Landesregierung für die staatlichen Schulen mit der Bundeswehr
1745 geschlossen hat. Schule ist kein Ort für einseitige Werbemaßnahmen der
1746 Bundeswehr, sondern soll jungen Menschen eine umfassende, kritische und
1747 differenzierte Sicht auf die Welt ermöglichen, Möglichkeiten der
1748 zivilen, nicht-militärischen Konfliktbearbeitung und Friedenssicherung
1749 ausdrücklich einbeziehen und den Einsatz militärischer Mittel kritisch
1750 hinterfragen.

1751 • Wir treten für die Abschaffung des G8 Gymnasiums ein, weil
1752 Geschwindigkeit und Qualität in der Ausbildung einen Gegensatz
1753 darstellen, der für die Schüler*innen nicht zu überwinden ist.

1754 Langfristig fordern wir eine bildungspolitische Initiative für Rheinland-Pfalz,
1755 die Elternverbände, Gewerkschaften, Schülervertretungen und Experten
1756 einbezieht.

1757 Eine bildungspolitische Initiative sollte zwingend zu einer Demokratisierung der
1758 Schulen führen. Eine Verlagerung von Aufgaben von der Ebene Ministerium/ADD auf
1759 die Ebene der Schulen, im Landesschulgesetz verankert, könnte den Schulen mehr
1760 Autonomie geben.

1761 • Die Schulleitung einer Schule soll in Zukunft von der Schulgemeinschaft
1762 (Lehrer*innen, Eltern und Schüler*innen) gewählt, anstatt durch
1763 Ministerium/ ADD bestimmt werden.

1764 • Schulleitungen sollen in Zukunft mit einer Doppelspitze besetzt sein,
1765 einer schulpädagogischen Fachkraft und einer Geschäftsführung für die
1766 Verwaltungsaufgaben. Dabei ist darauf zu achten, dass die pädagogische
1767 Leitung weiterhin zeitanteilig im Schulbetrieb als Lehrkraft verbleibt, um
1768 den Kontakt nicht zu verlieren.

1769 • Einstellung von Lehrer*innen durch die Schulleitungen.

1770 • Angestelltenstatus mit Streikrecht für alle Lehrer*innen.

1771 Die rheinland-pfälzische Schullandschaft ist nicht nur durch ein chaotisches
1772 Nebeneinander von unterschiedlichen Schulformen und schlechten Schüler-Lehrer-
1773 Relationen gekennzeichnet, sondern reproduziert und verschärft bestehende
1774 soziale Ungleichheiten. Menschen aus sogenannten bildungsfernen Schichten, mit
1775 Behinderung und mit Migrationshintergrund sind davon besonders betroffen.

1776 DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass in rheinland-pfälzischen Schulen für
1777 die, über die Integration hinausgehende, Inklusion die Rahmenbedingungen
1778 geschaffen werden, damit alle Kinder Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben
1779 haben.

1780 Ausbildung – wichtiger denn je

1781 Die betriebliche Ausbildung muss verbessert werden, um jungen Menschen einen
1782 erfolgreichen Start in ein gutes und erfülltes Berufsleben zu ermöglichen. Es
1783 ist ein Skandal, dass immer mehr Jugendliche ihre wichtigste Lebensphase in
1784 Maßnahmen und Warteschleifen verbringen. Betriebe, die ausbilden können, aber
1785 dies nicht tun, sollen sich zumindest mit einer Ausbildungsplatzumlage an der
1786 Finanzierung der Ausbildung beteiligen. Damit werden vor allem kleinere und
1787 mittlere Betriebe entlastet, die ihrer Verantwortung gerecht werden. Jeder junge
1788 Mensch hat ein Recht auf einen Ausbildungsplatz.

1789 • Wir fordern die Einführung einer Ausbildungsplatzumlage für alle
1790 Unternehmen, die nicht ausbilden.

1791 • Die öffentliche Hand kann durch eine Ausweitung der
1792 Ausbildungsplatzangebote im öffentlichen Bereich mit gutem Beispiel
1793 vorangehen.

1794 • Wir kämpfen für die Verankerung des Rechts auf Ausbildung im Grundgesetz
1795 und der Landesverfassung sowie das Recht auf fachbezogene, unbefristete
1796 Übernahme für alle Auszubildenden.

1797 Die Situation in den Berufsschulen in Rheinland-Pfalz ist katastrophal. Mit 6,7
1798 Prozent temporärem Unterrichtsausfall liegen die beruflichen Schulen weit
1799 abgeschlagen auf dem schlechtesten Platz im gesamten Schulgefüge. Sie sind das
1800 Stiefkind in der Schullandschaft.

1801 • Wir fordern die Einstellung von mehr Lehrer*innen. DIE LINKE wird sich

1802 dafür einsetzen, dass in den beruflichen Schulen wieder mehr Unterricht
1803 stattfindet, um eine zeitgemäße und gute Ausbildung sicherzustellen.

1804 Kinder- und Jugendhilfe stärken und ausbauen

1805 Die Coronakrise hat verdeutlicht, dass gerade in stationären Einrichtungen der
1806 Kinder- und Jugendhilfe zu wenig Personal vorhanden ist. Viele Erzieher*innen
1807 fühlten sich überfordert und alleine gelassen. Es fehlte an Schutzausrüstung
1808 oder auch an Beschäftigungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche. Zudem
1809 mangelt es an Mitteln für die digitale Infrastruktur (u.a. Breitbandverbindung,
1810 funktionierendes WLAN) sowie an Endgeräten. Die Bearbeitung von Schulaufgaben
1811 während des Homeschoolings und Videotelefonate mit Angehörigen sind so fast
1812 unmöglich. Es fehlen ausreichend Mittel, um jeden jungen Menschen
1813 bedarfsgerecht zu fördern. Dazu gehören Freizeitangebote, sozial und
1814 psychologische Betreuung und vieles mehr.

1815 Auch die zuständigen Gerichte und Jugendämter sind oft überlastet. Für
1816 Richter*innen fehlt es an entsprechenden Weiterbildungen und das Familiengericht
1817 ist für viele kein attraktives Karriereziel. Dadurch, dass viele Jurist*innen
1818 andere Positionen anstreben, wechseln die Richter*innen häufig. Verfahren
1819 ziehen sich so in die Länge. Die Jugendämter sind zugleich mit hohen
1820 Fallzahlen konfrontiert. Das erschwert es, im Einzelfall genau hinzuschauen und
1821 trägt zu einer Fluktuation beim Personal bei. Eine längerfristige
1822 verlässliche Begleitung von Familien ist so kaum zu realisieren. Die Corona-
1823 Krise hat den Zugang zu Hilfsangeboten zusätzlich erschwert.

1824 Kinder müssen gestärkt und ihre Rechte besser geschützt werden. Darum tritt
1825 DIE LINKE. Rheinland-Pfalz dafür ein, die Kinderrechte ins Grundgesetz und in
1826 die Landesverfassung aufzunehmen. Um die Situation in der Kinder- und
1827 Jugendhilfe zu verbessern wollen wir an vielen Punkten ansetzen: so fordern wir
1828 eine rasche Digitalisierung der Kinder- und Jugendhilfe. Stationäre
1829 Einrichtungen brauchen einen angemessenen Zugang zum Internet sowie Endgeräte,
1830 die Homeschooling zulassen. Der Zugang zu sozialpsychologischen Angeboten muss
1831 auch in Krisenzeiten gewährleistet sein. Die Budgets für Freizeitangebote
1832 müssen aufgestockt werden. In den Einrichtungen, aber auch in Jugendämtern und
1833 an Familiengerichten müssen mehr Stellen geschaffen und besetzt werden.
1834 Erzieher*innen, Mitarbeiter*innen der Jugendämter und Richter*innen müssen
1835 angemessen weitergebildet und gut bezahlt werden.

1836 Schule und Wirtschaft

1837 Unter dem Druck von Wirtschaftsverbänden soll Schule immer stärker

1838 ökonomischen Zielen dienen. Bildung ist aber mehr als ökonomische
1839 Verwertbarkeit und Vorbereitung auf ein Berufsleben. Bildung fördert den ganzen
1840 Menschen und seine Fähigkeit, sich mit anderen Menschen und seiner Lebensumwelt
1841 auseinander zusetzen, rational begründete Entscheidungen zu treffen und
1842 solidarisches Verhalten einzuüben.

1843 Die LINKE fordert

- 1844 • die Überarbeitung der für die Schulen verbindlichen „Richtlinien für
1845 ökonomische Bildung“ und der dazugehörigen „Handreichungen“.
- 1846 • den Einbezug von Vertretern von Sozialverbänden, Gewerkschaften, Kirchen,
1847 Betroffenenverbänden, von Schüler*innen, Lehrer*innen, Elternschaft
1848 mindestens im gleichen Maße, in dem Vertreter*innen von
1849 Wirtschaftsverbänden und der Bertelsmann-Stiftung herangezogen werden.

1850 Studium: Für eine selbst bestimmte Bildung

1851 Gute Wissenschaft, freie Forschung und umfangreiche Bildung sind die Grundlagen
1852 für eine erfolgreiche Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft. Eine
1853 zukunftsorientierte Hochschule muss demokratisch verfasst und organisiert sein,
1854 jedem und jeder offenstehen, Freiheit in Forschung und Lehre garantieren und von
1855 der öffentlichen Hand getragen und finanziert werden. Die Hochschulen in
1856 Rheinland-Pfalz sind davon weit entfernt. Überfüllte Hörsäle und baufällige
1857 Gebäude, überzogene Mieten für Studierende und ein unterbezahlter und in der
1858 Regel befristeter wissenschaftlicher Mittelbau, eine unambitionierte
1859 Novelle des Hochschulgesetzes und ein vom Ministerium angeheizter Wettbewerb um
1860 Drittmittel legen Zeugnis vom Versagen der Landesregierung ab. Dies zeigt sich
1861 auch im bundesweiten Vergleich, wo Rheinland-Pfalz bei den „Bildungsausgaben
1862 je Einwohner“ im unteren Drittel zu finden ist und bei den „laufenden
1863 Ausgaben je Studierenden“ sogar auf den letzten Platz abstürzt.

1864 DIE LINKE fordert einen sofortigen Richtungswechsel in der Wissenschafts- und
1865 Hochschulpolitik.

- 1866 • Wir fordern integrierte Bachelor-Master-Studiengänge und eine
1867 Masterplatzgarantie bei erfolgreich absolviertem Bachelor.
- 1868 • Deswegen fordern wir eine Reform des Studiums hin zu mehr
1869 Eigenständigkeit und individueller Flexibilität.

- 1870 • Dafür ist deutlich mehr Personal für eine bessere Betreuung der
1871 Studierenden notwendig.
- 1872 • Wir sprechen uns gegen Eliteförderung und soziale Auslese aus.
- 1873 • Anwesenheitspflichten müssen – außer in begründeten Einzelfällen
1874 wie beispielsweise Laborpraktika – ebenso verboten werden wie das
1875 Offenlegen von Krankheitsbildern in Attesten bei mehrmaliger Krankmeldung
1876 zu Klausuren
- 1877 Weil wir langfristig eine deutlich höhere Studienquote benötigen und die
1878 flexible Verzahnung des Hochschulbildungssystems mit der betrieblichen
1879 Ausbildung anzustreben ist, muss das Bachelor-Master-System weiterentwickelt und
1880 an die Erfordernisse einer Lebens- und Arbeitswelt ausgerichtet werden, wo
1881 Bildung eine bedeutende Rolle für Arbeit, Kultur und
1882 Persönlichkeitsentwicklung einnehmen wird.
- 1883 • Damit Erwerbsarbeit neben dem Studium der Vergangenheit angehört, ist ein
1884 sozial gerechtes BAföG einzuführen.
- 1885 • Die Drittelparität in den Gremien an den Hochschulen muss hergestellt
1886 werden.
- 1887 • Ergebnisse und weitere Publikationen aus durch Landesmittel finanzierten
1888 Forschungsprojekten müssen über Open-Access verfügen
- 1889 • Die Lehre sollte gleichberechtigt neben der Forschung stehen und deutlich
1890 aufgewertet werden.
- 1891 DIE LINKE fordert eine demokratische, ausfinanzierte und autonome Hochschule, in
1892 der die Lehre gleichberechtigt neben der Forschung steht, in der Studierende
1893 gleichberechtigt in den Gremien der Hochschule vertreten sind.
- 1894 Seit nunmehr 40 Jahren erlebt das deutsche Hochschulsystem eine Verschiebung von
1895 der Grundfinanzierung zur Drittmittelfinanzierung. DIE LINKE fordert eine
1896 Umkehrung dieser Entwicklung. Drittmittel dürfen nicht länger zur Finanzierung
1897 des Grundbedarfs dienen, sondern der Förderung von punktuellen zusätzlichen
1898 Aktivitäten wie dem wissenschaftlichen Austausch oder der zeitweiligen
1899 Freistellung für besondere Aufgaben.
- 1900 Eine Wissenschaftskarriere ist in Deutschland ein steiniger Weg, der für viele

1901 in einem fortgeschrittenen Lebensalter in einer aussichtslosen beruflichen
1902 Situation endet. Familiäre Lebensplanungen und -entwürfe bleiben dabei fast
1903 vollkommen auf der Strecke. Insbesondere Frauen werden aus diesem Grund weithin
1904 aus der Wissenschaft ausgeschlossen. Deshalb fordert die LINKE in Rheinland-
1905 Pfalz

1906 • die Einrichtung unbefristeter Assistent*innenstellen.

1907 • eine Frauenquote von 50 Prozent bei Stellenbesetzungen im
1908 Hochschulbereich.

1909 • Studierendenwerke müssen auch öffentlich verstärkt finanziert werden,
1910 um Mensaessen, Studierendenwohnheime etc. bezahlbar zu halten sowie
1911 Hilfsfonds für Studierende in Not zu bewahren und auszubauen.